Stadt Halle (Saale) 09.12.2016

Niederschrift

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 13.10.2016

öffentlich

Ort: Halle (Saale), Stadthaus, Wappensaal

Marktplatz 2

06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:33 Uhr bis 19:21 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),

Ausschussvorsitzende

Bernhard Bönisch
Andreas Schachtschneider
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber
Marcel Kieslich
Thomas Schied

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Bernward Rothe SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 16:41 Uhr Annika Seidel-Jähnig SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreterin für Herrn

Eigendorf

Dennis Helmich Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Dr. Regina Schöps Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Manfred Czock Sachkundiger Einwohner

Norwin Dorn Seniorenrat

Satenik Roth Sachkundiger Einwohner Susanne Willers Sachkundige Einwohnerin Annette Wunderlich Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung:

Katharina Brederlow Beigeordnete für Bildung und Soziales

Jörg Baus Fachbereichsleiter Soziales

Kerstin Riethmüller Seniorenbeauftragte

Goswin van Rissenbeck Betriebsleiter Eigenbetrieb für Arbeitsförderung

Dr. Uta Schwarzer Amtstierärztin/ Fachbereichsleiterin Lebensmittelüberwachung

und Veterinärwesen

Uwe Weiske Sozialplaner

Susanne Wildner Gleichstellungsbeauftragte

Annerose Winter Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen

Dr. Christine Gröger Fachbereichsleiterin Gesundheit

Uta Rylke Protokollführerin

Gäste:

Jan Kaltofen Geschäftsführer Jobcenter Halle (Saale)

Martina Grummisch Bereichsleiterin Jobcenter

Entschuldigt fehlten:

Ulrich Peinhardt CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Eric Eigendorf SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Dr. Tarek Ali Sachkundiger Einwohner Elisabeth Krausbeck Sachkundige Einwohnerin Igor Matviyets Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner

Helga Schubert stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt informierte die Mitglieder, dass es eine Dringlichkeitsvorlage, Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit 2016 pflichtiger Bereich für die Suchtberatung Erhöhung der Fördersumme für die Suchtberatungsstelle "Der Paritätische PSW – GmbH drobs Halle" Vorlage VI/2016/02391 gibt und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mit 2/3 Mehrheit zugestimmt

Die Vorlage wird unter TOP 4.2 behandelt.

Frau Haupt zog den **Top 7.1 Bericht Jobcenter** vor und schlug eine Behandlung nach TOP 3 vor.

Frau Haupt bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt.

- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 15.09.2016
- Behandlung TOP 7.1
- 4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
 - Vorlage: VI/2016/02283
- 4.2. Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit 2016 pflichtiger Bereich für die Suchtberatung
 - Erhöhung der Fördersumme für die Suchtberatungsstelle "Der Paritätische PSW GmbH drobs Halle"
 - Vorlage: VI/2016/02391
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM zur Sicherstellung einer kinderärztlichen Versorgung im Stadtteil Heide-Nord Vorlage: VI/2016/02183
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht Jobcenter
- 7.2. Vorstellung Projekt "Familien stärken Perspektiven öffnen"
- 7.3. Information zu Erstellung eines "Schlüssigen Konzeptes" für Unterkunft und Heizung Arbeitslosengeld II
- 7.4. Konzeptionsentwicklung Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Halle (Saale)
- 7.5. Anmeldungen Fördermittel 2017

- 7.6. Themenausblick für zukünftige Sitzungen im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
- 7.7. Bericht Migration-Integration
- 7.8. Seniorenwegweiser
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8.1. Frau Schöps zur ärztlichen Versorgung in Halle-Ost
- 9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15.09.2016

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

vertagt

zu 7.1 Bericht Jobcenter

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt

Herr Kaltofen stellte Frau Grummisch als neue Bearbeiterin für den Bereich Bildung und Teilhabe vor.

Herr Kaltofen stellte die aktuelle Situation anhand einer Präsentation dar.

Herr Bönisch fragte, warum die Bewerbungen der arbeitssuchenden Flüchtlinge in Halle viel mehr waren als im Vergleich zu anderen Kommunen.

Herr Kaltofen sagte, dass Halle als Großstadt eine Zuzugsregion ist. Derzeit ist es noch nicht kritisch beim Budget und bei der Kapazität.

Herr Schachtschneider fragte, warum die Zahlen bei der Anmeldung zur Mittagsverpflegung rückläufig sind.

Frau Grummisch sagte, dass dies abzuwarten bleibt und es immer wieder zu Verringerungen kommt.

Herr Schied fragte, ob die Kinder, die zweimal im Jahr einen Antrag stellen, auch zweimal aufgelistet werden.

Herr Kaltofen sagte, dass die Bezeichnung der Tabelle falsch ist. Es müsste heißen Kinder für, die Anträge gestellt wurden.

Herr Schied fragte, ob es sich bei der Versagung darum handelt, dass ein Antrag abgegeben wurde, jedoch die weitere Mitwirkung zur durch die Antragsteller fehlt.

Frau Grummisch sagte, dass Versagung noch nicht ganz abgeschlossen heißt. Es wird darum gebeten Unterlagen nachzureichen. Es handelt sich nicht um eine Ablehnung. Dabei wird mit einer Fristsetzung gearbeitet.

Frau Haupt schlug vor, die Berichte aller viertel Jahr im Ausschuss zu hören.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015

Vorlage: VI/2016/02283

Präsentationen sind im Session hinterlegt.

Frau Brederlow gab eine kurze Einführung.

Frau Wildner ging auf das Produkt Gleichstellung von Frau und Mann ein. Im Haushalt hat sich kaum etwas verändert.

Frau Haupt fragte, ob die Fördermittel gleich geblieben sind.

Frau Wildner antwortete, dass sie gleichgeblieben sind.

Herr Schachtschneider fragte zur Seite 168, warum in 2015, 2016 und in 2017 keine Investitionen getätigt werden.

Frau Wildner sagte, dass Computer und technische Dinge zentral an anderer Stelle geplant werden. Die Investitionen beziehen sich nur auf die Büroausstattung und da wird nichts gebraucht.

Frau Winter erläuterte den Haushaltsplan für den Bereich Soziales.

Frau Brederlow ging nochmal auf die Zuwanderungssituation ein. 2014 hatte die Stadt Halle ca. 700 Zuweisungen, 2015 waren es 2700 und aktuell sind es ca. 900 Personen die der Stadt Halle zugewiesen werden. Die Fallpauschale vom Land beträgt aktuell 10470 Euro pro Person und die tatsächlichen Fallkosten ohne Personal betragen 10226. Anfang des Jahres wurden die Vergaben von weiteren Gemeinschaftsunterkünften gestoppt. Es wurde nicht das gesamte Kontingent an Wohnungen bei der HWG und der GWG ausgeschöpft und es laufen Verträge aus, die auch nicht wieder verlängert werden.

Herr Schachtschneider fragte, ob die KDU Fallzahlen noch nachgeliefert werden können. Herr Schachtschneider bat um die Darstellung des Defizits durch die Kosten aufgrund von leerstehender Gemeinschaftsunterkünfte und der dezentralen Unterkunft.

Herr Baus sagte, dass die Kosten gesamt ermittelt werden und zukünftig steigen. Eine Leerstandsreduzierung ist bereits geschehen.

Herr Bönisch erinnerte daran, dass der Oberbürgermeister sagte, dass alle Kosten durch die Pauschale gedeckt sind und wir uns den Leerstand leisten können.

Frau Brederlow sagte, dass man bereits mit der HWG und GWG im Gespräch ist, da die Anzahl der vereinbarten Wohnungen nicht abgenommen werden kann und man nun schauen muss wie man eine Lösung findet.

Herr Rothe fragte, ob es weitere mögliche Haushaltsprobleme gibt, die man im Blick haben sollte.

Frau Brederlow sagte, dass davon ausgegangen wird, dass der Haushalt ausfinanziert ist. Es kann aber möglicherweise noch etwas dazu kommen.

Frau Dr. Gröger stellte den Bereich Gesundheit vor.

Herr Schachtschneider fragte, ob Erträge aus Lebensmittelüberwachung, Ordnungsgelder sind. Die Fallzahlen müssten bei dem Ertrag sehr gering sein.

Frau Dr. Schwarzer sagte, dass die Bußgelder im Lebensmittelbereich und im Tierschutzbereich vergleichsweise gering sind. Das geht bei 60 Euro los und höhere Bußgelder als 200 Euro werden kaum vor Gericht durchbekommen. Erst bei Folgeverstößen können die Bußgelder höher angesetzt werden. Folgeverstöße treten selten auf. Der größere Teil der Einnahmen wird durch Export Attestierungen gemacht.

Herr Czock sagte, dass die Errechnung des Aufwandes pro Mitarbeiter für den Betriebsarzt möglich ist

Frau Dr. Gröger sagte, dass eine Kalkulation pro Mitarbeiter möglich ist. Es gibt klare Festlegungen was zu den Aufgaben des Betriebsarztes gehört. Es gibt jedoch auch zusätzliche Aufwendungen, die nicht kalkuliert werden können wie besondere Arbeitsplatzausstattung von Mitarbeitern nach langer Krankheit.

Frau Dr. Schöps fragte, inwieweit der Planansatz für die Finanzierung der Suchtberatungsstellen, die Aufwüchse der Personalkosten, welche die freien Träger durch Tarifsteigerungen haben, berücksichtigt.

Frau Brederlow sagte, dass das Personal nicht eins zu eins finanziert wird, sondern die Leistung. Es wird Gespräche zu den Leistungen geben, die von den Suchtberatungen eingekauft werden. Es muss geschaut werden, ob ein Träger ein Konzept für die Suchtpräventionsfachkraft einreicht.

Herr Wöllenweber fragte, ob man den betriebsärztlichen Dienst, den es schon einmal gab mit dem heutigen vergleichen kann.

Frau Dr. Gröger sagte, dass der betriebsärztliche Dienst aus dem Gesamtprodukt kommunale Steuerung im Bereich OB finanziert wurde. Ein gewisser Vergleich ist möglich.

Herr Wöllenweber fragte, ob die Personalkosten für die medizinische Betreuung in der Landesaufnahmeeinrichtung auf eine Person beschränkt sind.

Frau Dr. Gröger sagte, dass ein Arzt und eine Arzthelferin aus dem Personalansatz für die Landesaufnahmeeinrichtung herausgelöst wurden. Weiterhin wurden in dem Ansatz noch ein Hygieneaufseher und eine Sozialarbeiterstelle gesperrt.

Herr Kieslich fragte, wie die Zuschusssenkung im Bereich Gruppenprophylaxe zu erklären ist

Frau Dr. Gröger sagte, dass der Zuschuss sich nach der aktuellen Kinderzahl richtet. Die Kinderzahl wird erst im Nachgang mitgeteilt und es erfolgt dann eine Nachbesserung.

Herr van Rissenbeck stellte den Bereich Arbeitsförderung vor.

Herr Czock bat um die Darstellung der Zahlen aus der Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt.

Herr van Rissenbeck sagte, dass die Quote bei den normalen Arbeitsgelegenheiten bei +/- 10 % liegt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

vertagt

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2017 mit dem Haushaltsplan 2017.
- 2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 zur Kenntnis.

zu 4.2 Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit 2016 pflichtiger Bereich für die Suchtberatung

Erhöhung der Fördersumme für die Suchtberatungsstelle "Der Paritätische

PSW – GmbH drobs Halle"

Vorlage: VI/2016/02391

Frau Dr. Gröger führte in die Thematik ein.

Frau Dr. Schöps fragte, warum sich die Tariferhöhungen nicht für alle gleich auswirken. Wofür ist das restliche Geld vorgesehen.

Herr Schachtschneider bat um eine Aufschlüsselung der Summe.

Frau Dr. Gröger sagte, dass die Drogenberatungsstelle nicht exakt 12000 Euro beantragt hat, sondern haushalterisch als glatte Summe dargestellt werden müssen. Mit dem Rest des Geldes ist bisher noch nichts konkretes geplant. Es muss im Auge behalten werden, dass ev. Für die restlichen 2 Monate in 2016 eine Präventionskraft gewonnen werden kann. Zudem hat die Suchtberatungsstelle ihren eigenen Tarif- oder Hausvertrag und eine weitere Erhöhung ist nicht bekannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestätigt die in der Anlage 1 einmalige Erhöhung der Fördersumme für die Suchtberatungsstelle "Der Paritätische PSW – GmbH drobs Halle " (pflichtiger Bereich) im Produkt 1.41431 im Jahr 2016.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Sicherstellung einer kinderärztlichen Versorgung im Stadtteil Heide-Nord Vorlage: VI/2016/02183

Frau Dr. Gröger sagte, dass seit dem Weggang der beiden Ärzte sich bisher niemand angesiedelt hat. Zum nächsten Kinderärztestammtisch wird es ein Gespräch zu diesem Thema geben. Die Idee wäre auch stundenweise bzw. Tageweise eine Sprechstunde einzurichten.

Frau Dr. Schöps sagte, dass im Ausschuss zu dem Thema weiter berichtet werden sollte.

Frau Dr. Gröger sagte, dass sie im Dezember erste Informationen geben kann.

Herr Wöllenweber sagte, dass die Ärzte frei sind und nicht zu einer Niederlassung gezwungen werden können.

Herr Schachtschneider verwies darauf, dass dies im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen besprochen werden sollte.

Frau Brederlow sagte, dass Haushaltsrelevanz erst eintritt wenn Bedingungen gestellt werden. Bisher werden auch verschiedene Raummöglichkeiten geprüft.

Frau Dr. Wünscher fragte, um wie viele Kinder es in diesem Stadtteil geht.

Herr Rothe schlug eine Vertagung und eine Überprüfung der Gesetzeslage vor.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussempfehlung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass zeitnah eine kinderärztliche Versorgung im Stadtteil Heide-Nord sichergestellt eingerichtet werden kann. Der Oberbürgermeister informiert die Mitglieder des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses in der Sitzung am 13.10.2016 in einer Sitzung im I. Quartal 2017 über die ergriffenen Maßnahmen.

vertagt

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen uns Stadträten gab es nicht.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.2 Vorstellung Projekt "Familien stärken – Perspektiven öffnen"

Im Session wurde ein Bericht hinterlegt.

zu 7.3 Information zu Erstellung eines "Schlüssigen Konzeptes" für Unterkunft und Heizung – Arbeitslosengeld II

Herr Baus gab die Information, dass das "Schlüssige Konzept" in der SGGA-Dezembersitzung vorgestellt wird.

zu 7.4 Konzeptionsentwicklung Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Halle (Saale)

Präsentation im Session hinterlegt.

Frau Dr. Gröger führte in die Thematik ein.

Frau Dr. Schöps fragte, ob es eine Vollzeitstelle für eine Suchtkoordinatorin gibt.

Frau Brederlow sagte, dass es bisher keine gibt und das Konzept zeigen wird, ob der Bedarf für eine solche Stelle besteht.

zu 7.5 Anmeldungen Fördermittel 2017

Frau Winter sagte, dass für 2017 Fördermittel in der Höhe von 1.239.000 Euro veranschlagt wurden. Diese splitten sich in 937.500 Euro im Pflichtbereich und 301.500 Euro für den freiwilligen Bereich. Im Pflichtbereich sind 2,35 % Personalkostensteigerung eingerechnet. Es liegen Anträge im Pflichtbereich in Höhe von 1.020411,52 Euro vor, dies entspricht 82910,52 Euro mehr als eingeplant. Im freiwilligen Bereich sind 301.500 Euro geplant und es gibt ein Antragsvolumen von 477.419,53 Euro, dies entspricht einem Mehraufwand von 175.919,53 Euro. Es können noch bis 15.12.2016 Anträge der Selbsthilfegruppen gestellt werden.

Frau Wildner sagte, dass 60.700 Euro geplant sind und ein Antragsvolumen von 65664,08 Euro vorliegt.

Herr Bönisch fragte, ob die Zahlen nach den Notwendigkeiten geplant wurden oder weil nicht mehr Geld zur Verfügung gestellt wurden.

Frau Brederlow sagte, dass es wie immer eine Haushaltsvorgabe gab. Bisher handelt es sich hier um eine ungeprüfte Darstellung der Anträge. Es kann durchaus noch zu Veränderungen kommen.

Herr Kieslich fragte, ob der Posten bei den freiwilligen Leistungen gleich geblieben ist.

Frau Winter sagte, dass der Ansatz gleich geblieben ist.

zu 7.6	Themenausblick für zu Gleichstellungsausschu	_	Sitzunge	n im	Sozial-,	Gesundheits-	und
Der Then	nenausblick ist im Session h	interlegt.					
zu 7.7	Bericht Migration-Integration						
Bericht in	n Session hinterlegt.						
zu 7.8	Seniorenwegweiser						
Frau Riet	hmüller stellte den neuen S	Seniorenw	egweiser \	or.			
zu 8	Beantwortung von mündlichen Anfragen						
zu 8.1	Frau Dr. Schöps zur ärz	tlichen Ve	ersorgung	in Ha	ille-Ost		
einschätz	Schöps fragte, wie die Sta t? Welche Handlungsmöglic rung der Situation beizutrag	hkeiten si					
Einwohne zu 1 und	Gröger sagte, dass die Ha er liegt. Für Halle Ost liegt o in Halle West 2500 zu 1. Na versorgt ist.	der Schlüs	ssel bei 19	51 zu	1, in der	Stadtmitte bei	1401
zu 9	Anregungen						
Anregung	en wurden nicht gegeben.						
Ute Haup	t svorsitzende				y Dauterr		